

GR Eva DERLER

19.1.2023

A N T R A G

Betreff: „Städtische Tiertafel“

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Geraten Menschen unverschuldet in soziale Notlagen, sind oftmals nicht nur sie selbst und ihre Familien betroffen, sondern auch ihre Haustiere. Der Kauf von Tierfutter wird so zu einer zusätzlichen, oft nicht stemmbaren finanziellen Belastung.

Gerade angesichts der oft sehr großen Rolle von Haustieren für Familien und Alleinstehende und vor allem im Sinne des Tierwohls, ist es sinnvoll das Miteinander von Mensch und Haustier auch in prekären finanziellen Lebenssituationen der Halter zu ermöglichen.

Eine städtische Tiertafel soll nun einkommensschwachen Menschen ermöglichen Tierfutter kostenlos zu erhalten. Dabei soll in Zusammenarbeit mit dem betreffenden Handel nach dem Prinzip „Too good to go“ auch der Nachhaltigkeitsgedanke in der Tierfuttermittelnutzung unterstützt werden.

Eine Neuanschaffung von Tieren während der Zeit der akuten Notsituation soll allerdings nicht von der städtischen Tiertafel unterstützt werden.

Diese niederschwellige städtische Tiertafel soll einkommensschwachen Personen unmittelbar und ohne Gegenleistung helfen, der Bezieherkreis ist dabei noch zu definieren.

Aus den dargestellten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A N T R A G

Die für Soziales zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr wird aufgefordert, an die zuständigen Stellen im Sozialamt heranzutreten, um eine „Tiertafel“ im Sinne des Antragstextes zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

CO Daniela GMEINBAUER

19.01.2023

A N T R A G**Betreff: Handyparken modernisieren - Parken vereinfachen und Kosten reduzieren**Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Schwentner!

Es sind oft die kleinen Dinge im Leben, die einfacher sein könnten, um den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt manche Unannehmlichkeit zu vermeiden und gleichzeitig dazu beitragen, dass Ressourcen und Kosten gespart werden. Über 1,5 Millionen Euro machen die Beschaffungs- und Wartungskosten der über 200 neuen Parkscheinautomaten aus. Finanzielle Mittel, welche die Stadt Graz besser investieren könnte oder zum Anlass nehmen könnte, um das Handyparken zu erneuern.

Nur 15 Prozent nutzen aktuell das Handyparken-Angebot der Stadt Graz laut Auskunft der GPS im Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung. Eine Zahl, die nicht verwundert, bedenkt man die Dichte der Parkscheinautomaten und die Umständlichkeit, mit der die Apps der unterschiedlichen Anbieter aktiviert werden müssen. Unter Idealbedingungen, inklusive eines verfügbaren Druckers oder des Aufenthaltes in unmittelbarer Nähe der Ausgabestellen für die orangenen „Parkvignetten“ zu deren Öffnungszeiten (Montag bis Freitag, 08:00 bis 12:30 Uhr), dauert die Installation der App „Handyparken“ – die App eines von drei Anbietern – 15 Minuten. Sollte man, wie dies durchaus der Fall sein kann, das Handyparken bereits am Ende des Parkvorganges benötigen, zufällig keinen Drucker zur Hand haben und man sich nicht in der Nähe des Parkgebührenreferates in der Keesgasse zu den Öffnungszeiten befinden, so kann die App zwar installiert und in Betrieb genommen werden, der Parkschein jedoch nicht gelöst werden, da dafür die notwendige Kennzeichnung am KFZ fehlt und man riskiert, dass man eine Strafe erhält. Zudem wird beispielsweise vom Anbieter „HandyParken“ ein Serviceentgelt iHv € 0,18,- fällig, wodurch sich der Parkvorgang verteuert.

15%-Nutzung als Grund anzugeben, weshalb man am Modus des Handyparkens nichts verändern möchte, klingen paradox. Die mangelnde Verwendung dieser Option liegt wohl einerseits am noch vorhandenen Angebot der Parkscheinautomaten und andererseits an der Umständlichkeit des Parkvorganges via App. Es fehlt also schlicht am Anreiz das Handyparken zu verwenden und gleichzeitig frustriert es die Nutzerinnen und Nutzer, wenn die Inbetriebnahme einer App umständlich und mit zusätzlichen Kosten verbunden ist. Es ist daher an der Zeit, dass die Handypark-Optionen der Stadt Graz evaluiert werden und in weiterer Folge vereinfacht werden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den folgenden

Antrag:

Die zuständige Stadtsenatsreferentin Mag.^a Judith Schwentner wird ersucht, das Handyparken in Graz zu evaluieren, mit anderen Städten zu vergleichen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das Angebot nutzerfreundlicher für Anwenderinnen und Anwender zu gestalten.

GR Conny LEBAN-IBRAKOVIC, MBA

19.1.2023

A N T R A G

Betreff: Analyse alternativer Antriebssysteme der Zukunft sowie Ausbau, Kennzeichnung und Leitsystem von E-Ladestationen in Graz

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Elektrobetriebene Autos sind heute im Stadtbild nicht mehr wegzudenken. Mit dieser Veränderung der Mobilität gilt es auch als Stadt Graz den neuen Anforderungen der Bürger:innen der Stadt aber auch der Besucher:innen von Graz zu entsprechen. Laut ORF Steiermark vom 14.1.2023 fährt bereits jeder siebente Neuwagen elektrisch.

Das EU Parlament hat am 8.6.2022 beschlossen, dass ab 2035 keine durch Verbrennermotoren betriebene Autos mehr verkauft werden dürfen. Somit wurde eine Verkehrswende eingeleitet, die sich nicht nur im Individualverkehr, sondern auch im öffentlichen Verkehr abzeichnen wird. Damit und der Reduktion der CO₂-Emission werden Städte vor neuen Herausforderungen gestellt.

Daher ist es Aufgabe einer modernen Stadt, im Zuge einer Großoffensive im Öffentlichen Verkehr mit aufwendigen Bauarbeiten die Infrastruktur der alternativen Antriebssysteme zu analysieren, zu berücksichtigen und mit einzuplanen.

Bestehende und zukünftige Park & Rides sind auch nur dann attraktiv, wenn Lademöglichkeiten oder andere alternative Antriebssystem in der Infrastruktur berücksichtigt werden.

Genug Möglichkeiten, um sein E-Fahrzeug zu laden, ein übersichtliches Leitsystem, um die Lademöglichkeiten aufzufinden, sowie eine transparente Kennzeichnung der zu erwartenden Ladekosten sind dafür eine Notwendigkeit.

Zur Zeit gibt es in Graz einen „Ladedschungel“, der kaum zu durchblicken ist. Zu wenig Ladestationen, kein einheitliches Leitsystem und eine minimalistische Kennzeichnung bringen nicht nur die Bewohner:innen der Stadt sondern auch viele Touristen zur Verzweiflung. Oft kommt es auch bei den „Schnellladern“ zu unangenehmen preislichen Überraschungen, die davor nicht abzuschätzen sind, weil nicht klar gekennzeichnet wird, ob nach Zeit oder geladener kWh abgerechnet wird.

Beispiele wie Dublin und Amsterdam zeigen, dass es auch anders möglich ist, und es wichtig ist, die Stadt Graz auch in dieser Frage zukunftsfit zu gestalten.

Namens des ÖVP Gemeinderatsclubs wird die für Stadtplanung und Verkehr zuständige Stadträtin, Frau Mag^a. Judith Schwentner, ersucht:

- 1.) den Status Quo der Lademöglichkeiten für E-Fahrzeuge zu ermitteln und ein zukunftsfähiges Konzept zu erstellen, das den Anforderungen einer wachsenden Stadt und vermehrter E-Fahrzeuge in unserer Stadt entspricht.
- 2.) die Ladestruktur bei bestehenden und zukünftigen Wohnbauten zu prüfen, um auch Menschen, die in Wohnungen leben, Lademöglichkeiten zur Verfügung zu stellen oder die Nutzung von alternativen Antriebssystemen zu gewährleisten.
- 3.) Die Analyse der Antriebssysteme der Zukunft sowie eine mögliche Planung zum Ausbau der Ladestruktur ist inklusive eines Vorschlages für ein übersichtliches Leitsystem und einer transparenten Beschriftung hinsichtlich der zu erwartenden Kosten für den Konsumenten an den schon bestehenden und in Zukunft geplanten Ladesäulen im Sinne eines transparenten Verbraucherschutzes dem Gemeinderat vorzulegen.

GR Conny LEBAN-IBRAKOVIC, MBA

19.1.2023

A N T R A G

Betreff: Barrierefreie Baustellenbegrenzung

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Bei Baustellen jeglicher Art kommt es immer wieder zu gefährlichen Verengungen, Öffnungen im Boden oder zur Notwendigkeit, großräumig auszuweichen zu müssen.

Vor allem für Menschen mit Behinderung stellen die zur Zeit üblichen Abgrenzungen und Beschilderungen von Baustellen oft eine große Herausforderung dar.

So sind z.B. Absperrbänder für sehbehinderte Person nicht mit dem Stock ertastbar.

Aus diesem Grund stellt der ÖVP Gemeinderatsclub den

Antrag:

- 1.) Die zuständigen Stellen des Hauses Graz mögen die momentanen Vorgaben der Abgrenzungen und Kennzeichnungen für Baustellen im Bereich Hoch- und Tiefbau auf Barrierefreiheit prüfen und einen Bericht dem Gemeinderat vorlegen.
- 2.) Die zuständigen Stellen des Hauses Graz mögen auf Grundlage der Prüfanalyse ein Konzept der Verbesserung erarbeiten und dieses sowohl dem Gemeinderat als auch dem Behindertenbeirat zur Diskussion präsentieren.

GR Conny LEBAN-IBRAKOVIC, MBA

19.1.2023

A N T R A G

Betreff: Fehlende Beleuchtung am Strasserhofweg

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im Zuge der Errichtung des Fuß- und Radweges von der Statteggerstraße zum Strasserhofweg wurde eine sehr effiziente, moderne Beleuchtungsanlage mit stromsparenden LED-Lampen errichtet.

Dieser Weg dient vielen Radfahrer:innen als Route von Stattegg nach Andritz sowie in die Stadt – ohne die viel befahrene Statteggerstraße weiter benützen zu müssen.

Im vergangenen Herbst wurde die Asphaltdecke des Strasserhofweges in wesentlichen Bereichen erneuert – ohne jedoch die dort fehlende Straßenbeleuchtung ebenso zu errichten.

Aus diesem Grund stelle ich namens der ÖVP Gemeinderatsclub den

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Hauses Graz werden ersucht, die fehlende Straßenbeleuchtung am Strasserhofweg umgehend zu errichten.

GR Sissi POTZINGER

19.1.2023

A N T R A G

Betr.: ORF-Park - Einrichtung von Tischtennisplatten und Attraktivierung des öffentlichen WC

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der ORF-Park erfreut sich außerordentlicher Beliebtheit bei der Bevölkerung, vor allem die vorhandenen Spielgeräte bei Eltern und den Kindern. Ältere Kinder, Jugendlichen, aber auch Erwachsene – wie uns Rückmeldungen aus der Bevölkerung bestätigen - zeigen ein großes Interesse an massiven, witterungsbeständige Tischtennisplatten wie sie in anderen Parks schon zahlreich in Graz errichtet wurden.

Zur Lösung eines mitunter wirklich drängenden Problems besteht eine WC-Anlage, die aber schon merklich in die Jahre gekommen ist. Der in Aussicht gestellte Neubau lässt noch immer auf sich warten. Eine rasche Umsetzung ist dringend geboten.

Beide Anliegen wurden im Vorjahr von den ÖVP-Vertretern im Bezirksrat St.Peter eingebracht und beschlossen. Leider warten die Antragssteller bis heute auf entsprechende Reaktionen der zuständigen Abteilungen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

ANTRAG:

Die zuständigen Stellen werden ersucht, möglichst bald im ORF-Park massive, witterungsbeständige Tischtennisplatten aufzustellen sowie die WC-Anlage zu erneuern.

GR Sissi POTZINGER

19.1.2023

A N T R A G

Betr.: Schloss Lustbühel – Zaun auf der Ostseite

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Das Schloss Lustbühel erfreut sich außerordentlicher Beliebtheit bei der Bevölkerung, vor allem bei Eltern und ihren Kindern. Gerade Kleinkinder können dort unter Aufsicht ihrer Eltern frei herumlaufen und die Natur erleben.

Derzeit ist der Osthang nicht begehbar und auch nicht eingezäunt, ebenso würden noch mehr Parkbänke das Areal weiter attraktivieren.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

ANTRAG:

Die zuständigen Stellen werden ersucht, im Areal des Schlosses Lustbühel im Rahmen der geplanten Erneuerungen auch auf der Ostseite den Hang mit einem Doppelzaun begeh- und erlebbar zu machen sowie einige Parkbänke mehr im Areal aufzustellen.

GR HR DI Georg Topf

19. Jänner 2023

A N T R A G

Betreff: Druckknopfampel Eckertstraße im Bereich der Absengerstraße

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Bereits am 18.6.2020 habe ich mich mit der Verkehrsproblematik rund um eine sichere Querungsmöglichkeit der Eckertstraße im Bereich der Absengerstraße durch die Bevölkerung an die damalige Verkehrsreferentin gewandt und wurde eine Umsetzung aufgrund der damaligen budgetären Vorgaben für das Jahr 2022 in Aussicht gestellt.

Die Bevölkerung wartet bis heute auf die Umsetzung.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, die für eine sichere Querung der Eckertstraße im Bereich der Absengerstraße erforderliche Druckknopfampel so rasch wie möglich einzurichten.

GR HR DI Georg Topf

19. Jänner 2023

A N T R A G

Betreff: Einrichtung des 1. Schnüffelgartens für Hunde in Österreich auf dem Areal der Hundefreilaufzone Josef-Huber-Gasse

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Wofür ist ein Schnüffelgarten?

- ① Eine wunderbare mentale Auslastung für Hunde
- ① Eine hervorragende Möglichkeit für den Hundehalter das Verhalten seines Hundes zu beobachten und/oder sich durch den Hundeverhaltensspezialisten erklären zu lassen
- ① Eine gute Möglichkeit den eigenen Hund auf Umweltreize zu desensibilisieren - Alltagstauglichkeit
- ① Eine großartige und effiziente Aktivität für Hunde jeden Alters
- ① Diese Aktivität senkt das Stressniveau des Hundes und verhilft unsicheren und ängstlichen Hunden zu mehr Souveränität und Gelassenheit
- ① Die Arbeit im Nasengarten steigert die Unabhängigkeit, die Selbstsicherheit und das Selbstvertrauen des Hundes
- ① Die Arbeit im Nasengarten vermindert die sogenannte „erlernte Hilflosigkeit“
- ① Die im Sensorischen Garten eingesetzten Bewegungsabläufe wirken sich positiv auf den Körper (Muskeln, Bänder, Sehnen) des Hundes aus

Wie funktioniert ein „Sensorischer Schnüffelgarten“?

- ① Ideal ist ein eingezäuntes Gelände (Hund arbeitet ohne Leine)
- ① Der Schnüffelgarten wird zu bestimmten Zeiten von einem Hundetrainer und Hundeverhaltensspezialisten betreut
- ① Der Schnüffelgarten kann aber auch alleine beschnüffelt werden – für das richtige Verhalten des Hundehalters während der gemeinsamen Zeit im Schnüffelgarten gibt es Informationen am Eingang des Schnüffelgartens
- ① Wenn mehrere Hunde mit unterschiedlichen Haltern gemeinsam im Nasengarten arbeiten, dann wird vom Trainer kontinuierlich beobachtet, was vor sich geht

Was befindet sich alles in einem „Sensorischen Schnüffelgarten“?

- ① Alle Objekte und Gegenstände sind hundesicher und ersetzbar
- ① Kleine Gegenstände, die herumgetragen oder auch verschluckt werden können, werden zur Sicherheit des Hundes nicht verwendet
- ① Unterschiedliche Objekte zum darauf Steigen, darüber Steigen und/oder unten durch gehen
- ① Gegenstände und Objekte mit unterschiedlichen Gerüchen anderer Tiere/ Hunde

- Ⓣ Kleidungsstücke und Gegenstände mit den Gerüchen von Kindern und unterschiedlichen Menschen
- Ⓣ Gegenstände und Objekte, die aufgehängt werden können (sich im Wind bewegen)
- Ⓣ Gegenstände, die unterschiedliche Gerüche beinhalten
- Ⓣ ungiftige Kräuter, ungiftige Pflanzen, unterschiedliche Untergründe (Sand, Mulch, etc.)
- Ⓣ ! Kein Hundespielzeug
- Ⓣ ! Kein Futter und/ oder Leckerlis (außer es wird eine spezielle zusätzliche Aktivität angeboten)

Das Areal der Hundefreilaufzone, ca. 900 m², in der Josef-Huber-Gasse, vor dem Josef-Huber-Park, wäre dafür sehr gut geeignet.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, auf dem Areal der Hundefreilaufzone in der Josef-Huber-Gasse die Einrichtung eines wie im Motivenbericht beschriebenen Schnüffelgartens zu prüfen und umzusetzen.

Betreff: Verkehrssicherheit Neufeldweg



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

ANTRAG

eingebraucht von Herrn GR Manuel Lenartitsch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. Jänner 2023

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!
Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Tempo 30 auf Nebenstraßen stellt eine wesentliche Verbesserung der Wohnqualität für Anrainer:innen dar, da diese Tempobremse nicht nur den Verkehrslärm reduziert, sondern auch die Verkehrssicherheit deutlich erhöht. Letzteres ist im Übrigen naturgemäß ein Plus für alle Verkehrsteilnehmer:innen: Für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen ebenso wie auch für Autofahrer:innen. Doch leider kommt es auch in Graz immer wieder vor, dass KFZ-Lenker:innen die wesentlichen Grundregeln von Tempo 30-Zonen, nämlich die Geschwindigkeitsbegrenzung sowie die Rechtsregel an Kreuzungen, missachten, was dann oft zu gefährlichen Situationen und bisweilen sogar zu Unfällen führt. Das ist aber nicht immer auf Gedankenlosigkeit oder gar Rücksichtslosigkeit zurückzuführen, sondern oftmals auf Unwissenheit, dass man sich auf einer Tempo 30-Straße befindet.

Es wäre wichtig, nicht nur eingangs von Tempo 30-Straßen, deutliche Beschilderungen und sichtbare, regelmäßig erneuerte Bodenmarkierungen anzubringen: Ebenso wichtig wäre es, in 30er-Zonen an Kreuzungsbereichen mit Bodenmarkierungen wie beispielsweise den in vielen Städten und Gemeinden verwendeten „Haifischzähnen“ auf die Rechtsregel aufmerksam zu machen, die zudem laut Verkehrsexpert:innen auch als Tempobremser wirken. Nicht zu vergessen, regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen wären sicher auch ein Beitrag, potentielle Raser:innen auf die Geschwindigkeitsbeschränkung aufmerksam zu machen – dies alles im Sinne der Wohn- und Lebensqualität der Anrainer:innen und der Verkehrssicherheit für alle.

Dies betrifft selbstverständlich alle Tempo 30-Bereiche in Graz, ganz besonders dringend wären solche Maßnahmen jedoch im Bereich des Neufeldweges zu setzen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher nachfolgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, gemäß Motivenbericht dafür Sorge zu tragen bzw. zu veranlassen, dass der Neufeldweg ausreichend beschildert und mit gut sichtbaren Bodenmarkierungen (evtl. auch „Haifischzähnen“) versehen wird. Weiters sollen regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden.

Betreff: Ergänzung zur Blackout-Information



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

ANTRAG

eingebraucht von Frau Gemeinderätin Dipl.Wirtschaftsing.ⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. Jänner 2023

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!
Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

In den letzten Wochen haben viele Eltern eine Nachricht von der Schule bzw. der Betreuungseinrichtung ihrer Kinder erhalten. Darin wird geraten, Vorsorge für den Fall eines Blackouts zu treffen. Was grundsätzlich vielleicht gut gemeint war, hat zu viel Irritation und teilweise zu Panik geführt. Oftmals wurde dadurch eine erhöhte Wahrscheinlichkeit suggeriert, die in keiner Relation zur realen Wahrscheinlichkeit eines Blackouts steht. Im Schreiben wird nämlich auf ein eventuelles Blackout verwiesen ohne zu reflektieren, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist. Natürlich kann hier nicht von einer realen Gefahrenabwägung durch die Eltern oder die Betreuungspersonen ausgegangen werden. Somit wurde viel Verunsicherung verbreitet. Panikmache auf Kosten der Kinder soll nicht Sinn der Sache sein.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Das ABI soll in Abstimmung mit Branchenexpert:innen der Energiebranche ein einheitliches Schreiben erstellen, dass über die Schulen und Betreuungseinrichtungen versendet wird. Dort soll die entstandene Verunsicherung aufgeklärt werden und trotzdem der pragmatisch vernünftige Ansatz, einen Plan für allgemeine Notsituationen sich zu überlegen, transportiert werden.

(Korruptions-) Freier Gemeinderatsklub

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **19. Jänner 2023** von Klubobmann
Mag. Alexis Pascuttini

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 19. Jänner 2023

Betreff: Biomülltonnen
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Es gibt Winterperioden, in denen eher milde Temperaturen herrschen. In solchen Phasen bleiben Pflanzen, als auch Tiere länger aktiv bzw. werden im Frühling früher aktiv.

Diese milden Temperaturen können auch dazu führen, dass die Geruchsentwicklung bei Biomüll erheblicher als in kälteren Perioden ist und auch Insekten anlockt. Eine Reinigung der Biomülltonnen auch in der Winterzeit würde dem entgegenwirken.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann zumindest einmal zusätzlich in den Wintermonaten (November bis März) eine Zwischenreinigung der Biomülltonnen eingeführt werden kann.

(Korruptions-) Freier Gemeinderatsklub

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **19. Jänner 2023** von Klubobmann
Mag. Alexis Pascuttini

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 19. Jänner 2023

Betreff: Parksituation Amselgasse
 Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Es gibt in Graz eine Vielzahl an Seitengassen, die für Pendler außerhalb der gebührenpflichtigen Parkzonen zum Parken verwendet werden. Die Nähe zu den öffentlichen Verkehrsmitteln machen Straßenzüge in Gries besonders attraktiv dafür.

So erreichen uns immer wieder Bürgeranliegen betreffend der Parksituation in der Amselgasse. Hier gibt es bereits auf Seiten des Gehsteiges ein Halte- und Parkverbot, das die Kreuzungen bzw. Einfahrten freihalten soll, aber noch nicht durchgehend festgelegt ist. Ein durchgehendes Halte- und Parkverbot könnte zu einer weiteren Verbesserung führen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann ein durchgehendes Halte- und Parkverbot auf Seiten des Gehsteiges in der Amselgasse verordnet werden kann.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.01.2023 von Gemeinderat Günter Wagner

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 19.01.2023

Betreff: Förderung von Sicherheitssystemen
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die ungezügelte Massenzuwanderung kulturfremder Personen aus aller Herren Länder und die beinahe grenzenlose Bewegungsfreiheit osteuropäischer Verbrecherbanden sorgen seit Jahren dafür, dass das Sicherheitsgefühl der österreichischen Bevölkerung massiv gesunken ist. Regelmäßige Berichterstattungen über Einbrüche in Wohnräume und Geschäftslokale tragen ebenso zu einer steigenden Unsicherheit in der Bevölkerung bei.

Eine Möglichkeit, dem entgegenzutreten, liegt darin, eine finanzielle Unterstützung bei der Einrichtung von Sicherheitssystemen für das eigene Zuhause bzw. Geschäftslokal anzubieten. So fördert beispielsweise das Land Oberösterreich den Einbau einer Alarmanlage in ein Eigenheim oder eine Eigentums- oder Mietwohnung mit 30 Prozent der anerkannten Investitionskosten (brutto), maximal jedoch 1.000 Euro (Quelle: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/86473.htm>). Auch im Burgenland (Quelle: <https://www.burgenland.at/themen/wohnen/sicheres-wohnen/>) und in Niederösterreich (Quelle: https://www.noel.gv.at/noel/Sanieren-Renovieren/Foerd_sicheresWohnen.html) gibt es Förderungen für Alarmanlagen und Sicherheitstüren. In der Stadt Wien wird der Einbau einbruchshemmender Wohnungseingangstüren im Ausmaß von 20 Prozent der als förderbar anerkannten Kosten, höchstens jedoch mit 400 Euro gefördert (Quelle: <https://www.wien.gv.at/amtshelfer/bauen-wohnen/wohnaufoerderung/wohnungsverbesserung/eingangstueren.html>). Die Stadt Salzburg fördert speziell für Inhaber von Kleingewerbe-Geschäftslokalen den Einbau von Alarmanlagen mit bis zu einem Drittel der Kosten, maximal 300 Euro (Quelle: <https://www.stadt-salzburg.at/alarmanlagenfoerderung/>).

Auch die Stadt Graz ist gefordert, nach den oben genannten Vorbildern ein Konzept zur Förderung für Alarmanlagen und Sicherheitstüren, die entsprechende Sicherheitsstandards erfüllen, zu erarbeiten und sowohl natürliche Personen mit Hauptwohnsitz in Graz (Eigentümer, Mieter etc.) als auch Kleingewerbe-Geschäftslokale in Graz bei der Einrichtung solcher Anlagen zu unterstützen.

Daher stelle ich nachfolgenden



Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, eine Förderung für Alarmanlagen und einbruchshemmende Sicherheitstüren für natürliche Personen mit Hauptwohnsitz bzw. Kleingewerbe-Geschäftslokale in der Stadt Graz einzuführen.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.01.2023 von Gemeinderat Günter Wagner

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 19.01.2023

Betreff: Studie zur Wertorientierung von Asylwerbern
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Vor dem Hintergrund der Asylkrise aus dem Jahr 2015 und der damit einhergehenden stark gestiegenen Anzahl an muslimischen Asylwerbern hat die Landeshauptstadt Graz den renommierten Islam-Wissenschaftler Univ.-Prof. Dr. Ednan Aslan mit der Erstellung einer Studie über deren religiöse und ethische Orientierungen beauftragt. Insgesamt wurden 288 Personen aus elf Asylunterkünften befragt. Anfang 2018 wurden die teils erschreckenden Ergebnisse der Umfrage präsentiert:

- „66,3% der Frauen legen Wert darauf, in der Öffentlichkeit Kopftuch zu tragen (50,0% bekennen sich uneingeschränkt, 16,3% eher zum Kopftuch).
- Frauen sprechen sich zu einem höheren Prozentsatz (44,3%) dagegen aus, Männern zur Begrüßung die Hand zu geben, als dies Männer tun (32,6%). Auffallend ist hier die Unsicherheit der weiblichen Befragten, die diesbezüglich (N=146, 50,7%) eine Antwort verweigern.
- [...] 47,2% der Probanden sind der Überzeugung, dass Juden und Christen vom richtigen Weg abgekommen sind. 47,8% sind der Ansicht, dass die Zukunft des Islams gefährdet wäre, wenn der Islam in einem aktuellen Kontext neu gedacht würde. **Die Überlegenheit des Islams anderen Religionen gegenüber ist für 51,6% der Probanden unstrittig.**
- **55,2% der interviewten Personen glauben an die Höllenstrafe für die Ungläubigen.** Die überwiegende Mehrheit der befragten Flüchtlinge glaubt jedoch nicht, dass ihre Religion in allen Glaubensfragen Recht habe (57,3%).
- **Die Frage, ob sie glaubten, dass die Juden/Jüdinnen zu viel Einfluss auf der Welt hätten, bejahen 46,3% der Befragten. Ähnlich die Prozentzahl der Flüchtlinge, für welche die Juden/Jüdinnen an ihrer Verfolgung selbst schuld seien (43,3%). 44,2% der Befragten empfinden die jüdische Religion als schädlich für die Welt. Die Aussage, dass sich Juden um niemanden außer sich selbst kümmern, findet bei 54,5% Zustimmung.**
- [...] 51,7% der Befragten empfinden Homosexualität als unmoralische Lebensweise bzw. als zu bestrafende Sünde (50%).
- **44,2% der Probanden heißen Gewalt gegen Frauen, die ihren Mann betrügen, gut.** Dass sich ein Vater notfalls mit Gewalt durchsetzt, befinden 43,3% für richtig. [...]"
(Quelle: https://www.graz.at/cms/dokumente/10307649_8109641/71470597/Religi

[%C3%B6se%20und%20ethische%20Orientierungen%20von%20muslimischen%20FIC3%BChtlingen%20in%20Graz Endbericht%20Ednan%20Aslan.pdf\)](#)

Diese Studienergebnisse bestätigten freiheitliche Warnungen und zeigten, dass bereits 2018 unzählige muslimische Asylwerber in und um Graz verweilten, die unsere Gesellschaftsordnung nicht akzeptieren und deren Gedankenwelt nicht mit unserer kompatibel ist. Seit geraumer Zeit sieht sich Österreich und damit auch die Landeshauptstadt Graz erneut mit einem unkontrollierten Ansturm an Asylwerbern konfrontiert, der die Asylkrise aus dem Jahr 2015 sogar übertrifft. So wurden im Jahr 2022 noch mehr Asylanträge gezählt als vor sieben Jahren.

Um ein klares Bild darüber zu erhalten, wie sich die Werterhaltung und Gesinnung der im Zuge des derzeitigen Migrationschaos ins Land strömenden Asylwerber darstellt, ist es unabdingbar, erneut eine Studie nach dem Vorbild der oben genannten Untersuchung durchzuführen. Sollte sich bestätigen, dass eine solche gefährliche Gedankenwelt und fundamentalistische „Werte“-Haltung nach wie vor und gar noch weiter um sich greift, muss dagegen konsequent vorgegangen werden.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, eine Studie nach dem Vorbild der im Jahr 2018 präsentierten Untersuchung durch Univ.-Prof. Dr. Ednan Aslan über die religiösen und ethischen Orientierungen muslimischer Asylwerber in und um Graz in Auftrag zu geben.